



Situation und Massnahmen im Suchtbereich: Jahresbericht Sucht 2008 / 2009 (Berichtsperiode vom 1.4.2008 bis 31.3.2009)

Mit GRB 1646 vom 31. Oktober 2007 hat der Gemeinderat die neue Suchtstrategie „Suchtpolitik der Stadt Bern: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen sowie die neue Organisationsstruktur genehmigt.

In der neuen Suchtstrategie wurde die im Drogenstrategiepapier von 1991 auf illegale Drogen fokussierte Strategie der Vier-Säulen-Politik weiterentwickelt mit dem Ziel, Konsumentinnen und Konsumenten von legalen und illegalen Suchtmitteln zu einem verantwortungsvollen Umgang zu befähigen und gleichzeitig die übrige Bevölkerung vor negativen Auswirkungen zu schützen.

Massnahmenswerpunkte liegen im Bereich Prävention (z.B. konsequente Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen) und Schadensminderung (Überprüfung/ Anpassung des Angebots der Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige, Überprüfung/Anpassung des Wohnangebots hinsichtlich der Bedürfnisse älterer Abhängiger etc.). Zudem soll die Koordination sowohl auf institutioneller Ebene als auch bei der Einzelfallarbeit gestärkt werden, dazu gehören z.B. die Einführung von case management und die Anpassung der bisherigen Organisationsstruktur Drogenpolitik.

Die Änderung der Organisationsstruktur Drogenpolitik in die Organisationsstruktur Suchtpolitik trat per 1. März 2008 in Kraft. Der vorliegende Bericht gibt somit nun erstmals die Anpassungen in Suchtpolitik und Organisationsstruktur wieder. Er stützt sich unter anderem auf Berichte und Angaben verschiedener städtischer Stellen, Suchthilfeinstitutionen in Stadt und Region Bern sowie der Kantonspolizei.

I SITUATION IM SUCHTBEREICH IN DER STADT BERN

1. Suchtmittelkonsum und Suchtverhalten

a) Kinder und Jugendliche

Sowohl schweizweit als auch in der Stadt Bern stellen Suchtfachleute und Polizei einen rückläufigen Cannabiskonsum fest. Gleichzeitig sinkt aber das Alter beim Erstkonsum. Problematischer Konsum ist immer mit verschiedenen Substanzen verbunden wie Alkohol, Nikotin, Cannabis, usw.; aber auch mit neuen Medien wie Internet, Gamen usw. Die Beratungen von Eltern und Jugendlichen nehmen in diesen Bereichen stetig zu. Befragungen bei den Achtklässlerinnen und Achtklässlern der Stadt Bern ergeben einen Anteil von 5% regelmässigen Nikotinrauchenden sowie einen Anteil von 2% regelmässigen Cannabis- und/oder Alkoholkonsumierenden. Im Ausgang und an Sportanlässen konsumieren Jugendliche vor allem problematisch viel Alkohol, die Gewalt- und Deliktbereitschaft nehmen dementsprechend zu. Der Konsum von Amphetaminprodukten in der Partyszene ist nach wie vor beliebt.

b) Erwachsene

Der am meisten verbreitete Suchtmittelkonsum ist der Konsum von Alkohol und Tabak. Gemäss schweizerischen Statistiken konsumiert die Altersgruppe der 15- bis 64-jährigen rund 10 Liter reinen Alkohol pro Jahr und rund ein Viertel dieser Bevölkerungsgruppe täglich Tabak (Quelle: SFA Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenfragen).

Tendenziell nimmt der Kokainkonsum zu. Hingegen ist der Heroinkonsum rückläufig. Der Einstieg in den Kokainkonsum erfolgt in der Regel frühestens mit dem Erreichen der Volljährigkeit; regelmässiger Konsum erst nach dem 20. Altersjahr. Frauen steigen eher früher in den Kokainkonsum ein.

Drogenabhängigkeit ist nicht mehr auf eine Substanz bezogen, dementsprechend gibt es fast nur noch Abhängige mit einer Politoxikomanie. In den Substitutionsprogrammen werden neben der Drogenabhängigkeit auch immer mehr psychiatrische Diagnosen gestellt. Die Behandlung dieser Doppeldiagnosepatientinnen und -patienten ist aufwändig. Ein fester Kern der Drogenabhängigen in den Substitutionsbehandlungen wird immer älter und aufgrund ihres Krankheitsverlaufes (Hepatitis, HIV, usw.) früher pflegebedürftig. Hier gilt es, bestehende Wohnangebote auf die Bedürfnisse von älteren Abhängigen besser anzupassen, gleichzeitig aber auch bestehende Pflege- oder Altersheime einzubeziehen. So soll nach dem Umbau des Altersheims Kühlewil eine Wohngruppe mit 16-20 Plätzen für ältere suchtkranke Menschen eröffnet werden.

2. Suchtproblematik im öffentlichen Raum

a) Drogen- / Alkoholszene

Die Anzahl Drogen- und Alkoholabhängiger, die sich regelmässig im öffentlichen Raum aufhalten, hat sich gegenüber dem Jahr 2007/2008 insgesamt kaum geändert. Es sind gemäss Kantonspolizei rund 30 bis 50 Personen.

Die baulichen Massnahmen im Bahnhof sowie der neue Standort des Aufenthaltsraums für Alkoholabhängige haben sich positiv ausgewirkt. Es kommt im Bahnhof zu keinen Szenebildungen mehr, auch wenn sich vor und nach der Schliessung der Kontakt- und Anlaufstelle die Drogenkonsumierenden im Gebiet rund um den Bahnhof aufhalten. Ebenso gebessert hat sich die Situation bei der Heiliggeistkirche. Dies dank enger Zusammenarbeit und Schulung von PINTO mit dem Kirchgemeinderat und den ehrenamtlichen kirchlichen Helferinnen und Helfern.

Die Alkoholszene ist vor allem auf der Kleinen Schanze und auf der Bundesterrasse sichtbar. Regelmässige Kontrollen finden statt, wodurch sich die Szene nicht auflöst, aber verschiebt.

Im Sommerhalbjahr 2008 bildete sich jeweils bei der Reitschule nach der Schliessung der Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige eine Drogenszene, die sich nach Mitternacht wieder auflöste. Durch koordiniertes Vorgehen konnte diese Drogenszene Ende September 2008 nachhaltig aufgelöst werden. Die Situation rund um die Reithalle wird jedoch weiterhin immer wieder beobachtet, damit es zu keinen neuen Ansammlungen von Abhängigen und Dealenden kommt.

Problematisch ist die Situation bei der Blutturmterrasse und beim Aarebord. Trotz gezielten Kontrollen der Polizei und Securitas halten sich dort oft Drogenabhängige auf. Da dieses Gebiet kaum von anderen Personen frequentiert wird, kommt es nicht zu Reklamationen.

Reklamationen aus der Bevölkerung kamen zum Gebiet rund um die Münsterplattform und die angrenzenden Gassen wegen Drogenhandel. Die Polizei hat ihre Interventionen in diesem Gebiet erhöht.

Zeitweise problematisch ist die Situation auch auf der Grosse Schanze, auf der nachts mit harten Drogen gedealt wird.

Zu Ansammlungen kleinerer und grösserer Gruppen von Drogenabhängigen kann es auch kurzfristig kommen. Das flexible Zusammenspiel von Polizei, PINTO und Securitas bewirkt, dass diese Ansammlungen innerhalb kurzer Zeit aufgelöst werden können. Insbesondere nachts kann jedoch mit verhältnismässigem Ressourceneinsatz der Konsum harter Drogen im öffentlichen Raum nicht vollumfänglich verhindert werden. Ein störendes Konsumverhalten mit viel Abfall, Lärm und teilweise auch Gewalt weist die Party- und Ausgangsszene, insbesondere rund um die entsprechenden Lokale auf. Mit gezielter Reinigung neuralgischer Örtlichkeiten wird jedoch angestrebt, dass Passantinnen und Passanten am Morgen keine Konsumabfälle oder -spuren mehr antreffen.

Wie sich die neuen gesetzlichen Regelungen bezüglich Tabakkonsum, insbesondere das Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen, auf das Verhalten der Raucherinnen und Raucher im öffentlichen Raum auswirken werden, wird das Jahr 2009 zeigen.

b) Jugendliche, Botellón

Die Grosse Schanze und der Bahnhof sind für Jugendliche vor allem an den Wochenenden je nach Jahreszeit zum Treffpunkt geworden. Sie konsumieren dort vermehrt – teilweise in problematischen Mengen – Alkohol.

Am 30. August 2008 fand auf der Grosse Schanze die bis zum heutigen Zeitpunkt einzige Botellón-Party in Bern statt. Der Gemeinderat hat sich öffentlich gegen solche Veranstaltungen ausgesprochen. Gemäss Schätzung der Kantonspolizei versammelten sich zu den Spitzenzeiten über 1200 meist junge Personen, darunter allerdings auch viele Schaulustige. Der Anlass ist relativ ruhig abgelaufen, es kam zu keinen grösseren Zwischenfällen. Gemäss Kantonspolizei mussten jedoch im Laufe der Nacht 10 Personen infolge übermässigen Alkoholkonsums hospitalisiert werden. Problematisch waren der zurückgebliebene Abfall, Scherben sowie der von einem „Lagerfeuer“ zerstörte Rasen.

Auch im Jahr 2009 sind weitere solche Veranstaltungen über Facebook angesagt. Das Vorgehen von Polizei und PINTO wird abgesprochen. Sie sind vor Ort präsent. Je nach erwartetem Umfang werden zusätzlich Fachleute für Suchtprävention miteinbezogen.

II SUCHTHILFEANGEBOTE

1. Prävention

a) Städtische und nicht-städtische Angebote

Der Begriff Prävention schliesst heute die Gesundheitsförderung mit ein. Bei diesem ganzheitlichen Verständnis geht es nicht nur um die Verhinderung von Suchtmittelkonsum, sondern auch um die Stärkung der vorhandenen Ressourcen und Schutzfaktoren (Beziehungsfähigkeit, Selbstwertgefühl, Umgang mit Gruppendruck etc.). Suchtprävention hat zum Ziel, suchtfördernde Bedingungen abzubauen sowie Suchtverhalten zu reduzieren.

Das städtische Gesundheitsförderungsangebot wird ergänzt durch die regionalen Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote verschiedener (Suchthilfe-) institutionen.

Sowohl bei der Schulsozialarbeit als auch beim Projekt „ElternSorgen“ standen im 2008 nicht Suchtthemen im Vordergrund. Vielmehr waren dies Konflikte und Beziehungsprobleme. Insbesondere die Prävention von Gewalt hat einen hohen Stellenwert.

Die Präventions- und Frühinterventionsangebote der Suchthilfeinstitutionen wurden im 2008 gut genutzt. Im Vordergrund standen dabei Veranstaltungen und Beratungen zu den Themen Alkohol, Cannabis, Neue Medien. So hat sich beispielsweise die Anzahl Jugendlicher, welche wegen Cannabiskonsum vom Jugendgericht an die Jugend-, Eltern- und Suchtberatung Contact Bern verwiesen wurden, innerhalb eines Jahres verdoppelt. Dies ist vor allem auf das ab dem Jahr 2008 neu geltende Jugendstrafrecht und das vom Volk angenommene neue Betäubungsmittelgesetz zurückzuführen. Das Jugendgericht bevorzugt die Verurteilung zur Beratung gegenüber der Verurteilung zu gemeinnütziger Arbeit.

b) Angepasstes Vorgehen bezüglich Gefährdungsmeldungen bei Jugendlichen

Bisher erstellte die Polizei Gefährdungsmeldungen, wenn auch strafrechtlich relevantes Verhalten der oder des Jugendlichen vorlag. Im Gegensatz zum Konsum von Cannabis oder anderen illegalen Substanzen ist dies bei übermässigem Alkoholkonsum nicht grundsätzlich der Fall. Gemeinsam mit der Kantonspolizei, PINTO und der ambulanten Jugendhilfe wurde Ende 2008 ein Leitfaden erarbeitet, damit die Kantonspolizei Jugendliche, welche aufgrund ihres Substanzenkonsum (insbesondere Alkohol) auffallen, dem Jugendamt melden kann, ohne dass bereits ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet werden muss. Das Jugendamt informiert anschliessend mit einem kurzen Brief die Eltern.

Bisher wurde seitens Polizei wohl saisonbedingt noch wenig Gebrauch gemacht von diesem neuen Instrument.

c) PINTO

Die Nachfrage nach präventiver Schulung durch PINTO steigt kontinuierlich. PINTO schult zunehmend verschiedenste Personen, welche Kontakt mit Drogenabhängigen oder Drogenabfall haben, zum Thema Sicherheit im Umgang mit Abhängigen und zum ungefährlichen Umgang mit dem Abfall. Ausserdem berät PINTO auch Institutionen in der Gewaltprävention. Die Mitarbeitenden von PINTO waren im Jahr 2008 während rund 5 000 Stunden im öffentlichen Raum präsent. Haupteinsatzgebiet ist die gesamte Innenstadt und die regelmässige Präsenz konzentriert sich auf einige neuralgische Orte.

2. Schadensminderung

a) Aufenthaltsräume/Treffpunkte: Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige, La Strada, La Gare

Die Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) war durchschnittlich hoch ausgelastet und der Betrieb verlief bis auf wenige Zwischenfälle gut. Wesentliche Änderungen im Konsumverhalten der Drogenabhängigen wurden nicht festgestellt.

Per 1. Oktober wurde ein Rauchverbot in den Räumlichkeiten der K&A eingeführt. Per 1. November 2008 wurden Abhängige mit Wohnsitz in Thun oder im Berner Oberland nicht mehr in die Kontakt- und Anlaufstelle eingelassen. Dank guter Information der Betroffenen kam es zu keinen nennenswerten Problemen bei der Umsetzung.

In den K&A Bern und Biel wurde im 2008 eine Studie zu jungen/jüngeren Besucherinnen und Besuchern durchgeführt (16 – 24 Jahre). Die meisten der Befragten haben wenig Ressourcen und viele Defizite. Rund die Hälfte ist in einer Substitutionsbehandlung. Von den 30 Befragten haben 5 selber Kinder. Es wird geschätzt, dass es im Kanton Bern rund 200 junge Drogenabhängige gibt. Die K&A prüft in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion Massnahmen, um diese jungen Menschen möglichst rasch wieder aus den Kontakt- und Anlaufstellen herauszuführen.

Der geplante zweite Standort an der Murtenstrasse 26 wurde vom Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen nicht realisiert. Um trotzdem eine Entlastung der Umgebung zu erreichen, werden per 2. Juni 2009 die Öffnungszeiten unter der Woche um eine dreiviertel Stunde verlängert sowie am Montag die Frauenanlaufstelle um zwei Stunden verschoben. Weitere Massnahmen werden zur Zeit mit Polizei, PINTO, Securitas und Kontakt- und Anlaufstelle ausgearbeitet.

Das Projekt La Strada (Beratung von Sexarbeiterinnen) konnte im Januar 2009 in den Leistungsvertrag mit dem Kanton Bern überführt werden. Durchschnittlich besuchten pro Schicht 20 verschiedene Frauen das Angebot. Nach wie vor schätzen die Betroffenen die Möglichkeit, den Bus als Schutzraum aufzusuchen und Unterstützung bei akuten Problemen auf dem Drogenstrich zu erhalten.

Der Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige „La Gare“ ist am 1. April 2009 an seinen definitiven Standort auf der Bahnhofvorfahrt umgezogen. Der Betrieb läuft ruhig und unauffällig. Im Berichtsjahr besuchten pro Tag durchschnittlich 25 Personen den Aufenthaltsraum.

b) Arbeits- und Wohnangebote

Die Werkstätten Triva Holz und Triva Textil der Stiftung Contactnetz sind im April 2008 an die Wankdorffeldstrasse 102 umgezogen. Die neuen grösseren Räumlichkeiten bieten inhaltlich viel Entwicklungspotential und mehr Arbeitsplätze (neu je 10, statt bisher 8).

Die verschiedenen Wohnangebote für Drogenabhängige in der Stadt Bern sind gut bis sehr gut ausgelastet; im Durchschnitt rund 97%. Durch niederschwellige, bedürfnisgerechte Wohnangebote sind kaum obdachlose Drogenabhängige festzustellen. Dank verschiedener Angebote kann die Wohnfähigkeit der Abhängigen in Schritten wiederhergestellt werden.

Ältere Abhängige werden aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation schneller pflegebedürftig. Noch können sie inner- und ausserhalb der Stadt Bern in geeigneten Institutionen (z.B. Pflegeheime) platziert werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Gruppe eher zunehmend ist, weshalb frühzeitig allfällige Massnahmen zu planen und zu ergreifen sind.

c) Weitere: Ambulante Vermittlungs- und Rückführungsaktionen (AVR), Citypflege

In der Berichtsperiode fanden fünf Aktionen in der ambulanten Vermittlungs- und Rückführungsstelle statt, an denen insgesamt 29 Personen von der Polizei zugeführt wurden; davon wurden acht Personen erstmalig erfasst. Drei Rückführungen erfolgten auf Sozialdienste und in Substitutionsprogramme. Der Polizei gelingt es die richtige Zielgruppe anzuhalten. Der je Aktion relativ hohe Arbeitsaufwand lohnt sich, können doch jedes Jahr wieder einzelne Abhängige neu oder wieder mit dem Hilffsystem vernetzt werden. Das Konzept der AVR-Aktionen wird zur Zeit hinsichtlich Abläufen, Häufigkeit, Zeitpunkt und Umfang der einzelnen Aktionen überprüft.

Im letzten Jahr feierte die Citypflege ihr 10-jähriges Jubiläum. Sie hat in dieser Zeit rund 5200 Kubikmeter Abfall verarbeitet und 150 Menschen beschäftigt. Davon hat im Anschluss an den Einsatz ca. ein Drittel wieder eine Beschäftigung an einer regulären Arbeitsstelle gefunden, ein Drittel fand zumindest temporär Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt und für einen Drittel gab es auch nach dem Einsatz in der Citypflege keine Reintegrationsmöglichkeit.

Die Anzahl Anrufe beim Spritzentelefon, das von der Citypflege betrieben wird, blieb in der Berichtsperiode im Vergleich zu den Vorjahren konstant bei rund sieben bis acht Anrufen pro Monat.

3. **Behandlung/ Beratung**

a) Fachstelle Drogen des Sozialdienstes

Die Fachstelle Drogen wurde im vergangenen Jahr mit einer Zunahme von jungen Konsumierenden konfrontiert, wobei diese Gruppe immer noch sehr klein ist (ca. 8 Personen). Das Erreichen eines drogenfreien Lebens (Abstinenz) sowie die soziale und berufliche Integration stehen bei diesen Konsumierenden im Zentrum.

Aktuell werden von der Fachstelle Drogen 219 Dossiers betreut. Die Mehrheit der Klientinnen und Klienten leben in einigermaßen stabilen Verhältnissen und sind den Umständen und Möglichkeiten entsprechend gut integriert.

Die gute Zusammenarbeit einerseits zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und andererseits mit den Partnerorganisationen ist ein wichtiger Bestandteil der täglichen Arbeit.

b) Ambulante Behandlung

Die heroingestützte Behandlung KODA und das Zentrum für ambulante Suchtbehandlung ZAS (ehemals Methadontherapiezentrum) waren auch in der aktuellen Berichtsperiode gut ausgelastet (95-100%), hatten aber immer die Kapazität, in Notfällen niederschwellig und schnell mit der Behandlung neuer Patienten oder Patientinnen zu beginnen.

Der zunehmende Alkohol- und Medikamentenkonsum der substituierten Abhängigen stellt die Behandlungsstellen vor neue Herausforderungen. Zudem sind sie immer mehr mit Doppeldiagnosepatientinnen und -patienten konfrontiert, die eine intensive psychiatrische Behandlung benötigen. Aber auch die Wohnfähigkeit bzw. eine Platzierung in Pflegeheimen oder ähnlichen Institutionen wird immer mehr zum Thema (s.o.).

c) Stationäre Behandlung

Die Auslastung in den Institutionen, welche stationäre Langzeittherapien anbieten, variiert sehr stark, bedingt durch die schwankende Nachfrage. Im Jahr 2008 hat die GEF deshalb eine weitere Institution (Rüedli Wimmis) geschlossen. Gleichzeitig wurden und werden in mehreren Institutionen die Behandlungskonzepte überarbeitet und auf die sich verändernden Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten angepasst (z.B. Kurzzeittherapie, Tagesklinik etc.)

4. Repression/Regulierung

a) Drogenhandel/Drogenkonsum

Der Kokainhandel wird nach wie vor primär durch Asylbewerber oder illegale Personen aus Schwarzafrika rund um die Regionen Grosse Schanze, Reithalle und Münsterplattform abgewickelt. In den angrenzenden Quartieren konnten keine grösseren Dealertätigkeiten festgestellt werden. Der Heroinhandel wird noch immer zum grössten Teil von Personen aus Ex-Jugoslawien betrieben. Bei gezielten Aktionen konnte die Kantonspolizei mehrmals grössere Mengen Heroin sicherstellen. Hanfverkäufe werden im öffentlichen Raum sehr selten festgestellt. Die Kantonspolizei ist sehr aktiv in der Bekämpfung des Drogenhandels.

Gesamtschweizerisch ist zurzeit eher eine Vermischung des Handels mit weichen und harten Drogen feststellbar, was eine zusätzliche Gefahr für die Jugendlichen bedeutet. Grundsätzlich wird bei Jugendlichen, die Cannabis konsumieren oder auf sich tragen, von der Polizei eine Gefährdungsmeldung an das Jugendgericht gemacht. Das Gericht ordnet daraufhin obligatorische Gespräche bei der Beratungsstelle des Contact Bern an.

Sowohl PINTO als auch die Polizei gehen gegen Drogenkonsum im öffentlichen Raum vor. Die Polizei macht für jedes festgestellte Konsumationsvergehen eine Anzeige beim Jugend- oder Untersuchungsrichteramt wegen Konsum und Besitz von illegalen Betäubungsmitteln, welche konfisziert und vernichtet werden. In den allermeisten Fällen wird die konsumierende Person zu einer Busse oder zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

b) Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen

Die Durchsetzung und Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen ist eine wichtige Aufgabe der Orts- und Gewerbe Polizei. Verantwortliche von Veranstaltungen werden bereits in der Planungsphase über die Jugendschutzbestimmungen informiert und müssen für das Bewilligungsverfahren ein Jugendschutzkonzept vorlegen.

Im Berichtsjahr wurden 600 Betriebe (Kiosk, Detailhandelsgeschäfte, Restaurants, usw.) aufgesucht und 129 Jugendliche beim Kauf kontrolliert. Es wurden erfreulich wenige Verstösse bei den Kontrollgängen festgestellt.

Der übermässige Alkoholkonsum Jugendlicher gehört wie der Hooliganismus zu den unerfreulichen Begleiterscheinungen von Sportgrossanlässen. Die konsequente Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen stellt für die Verantwortlichen der Gastrobetriebe und Cateringständen, unter anderem infolge des grossen Andrangs, Aggressivität etc., eine grosse Herausforderung dar. Darüber hinaus betreten viele Jugendliche das Stadion bereits alkoholi-

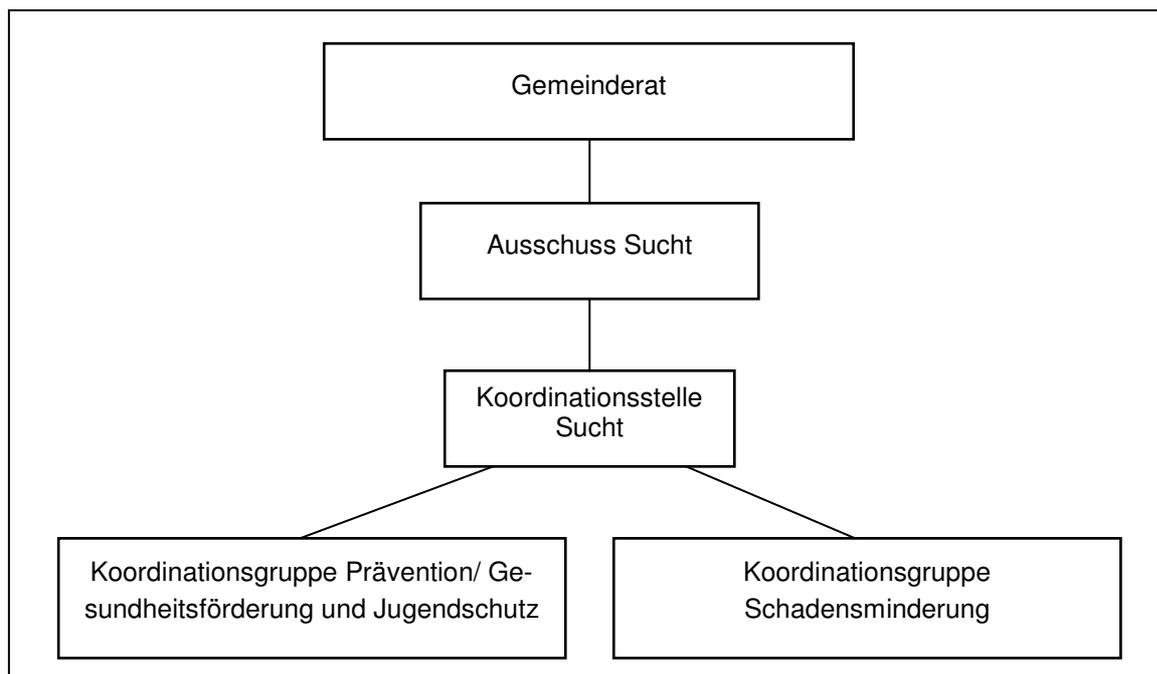
siert oder beziehen ihren Alkohol durch ältere Drittpersonen. Hier werden neue Massnahmen und Lösungsansätze für die Einhaltung des Jugendschutzes gesucht.

5. Koordination

a) Organisationsstruktur Suchtpolitik

Mit der Verabschiedung der neuen Suchtstrategie durch den Gemeinderat im Oktober 2007 wurde per 1. Januar 2008 eine neue Organisationsstruktur Suchtpolitik eingeführt. Die alte Organisationsstruktur Drogenpolitik befasste sich ausschliesslich mit der Thematik der illegalen harten Drogen. Neu ist die operative Ebene auf zwei Koordinationsgruppen aufgeteilt, nämlich Schadensminderung und Prävention/ Gesundheitsförderung / Jugendschutz. Zudem wurde die Zusammensetzung des Ausschusses Sucht angepasst. Auf die bisherige Drogenkonferenz im Sinne eines institutionalisierten Gefässes mit fix definierten Mitgliedern wurde verzichtet. Im Sinne einer offenen Informationsplattform ist ein jährliches Suchtforum geplant, an welchem die suchtpolitischen Akteurinnen und Akteure und weitere Interessierte aus Politik und Verwaltung teilnehmen können.

Organigramm Organisationsstruktur Suchtpolitik per 1. Januar 2009



Die Zusammenarbeit in den neuen Gremien ist gestartet, an regelmässigen Sitzungen (Koordinationsgruppe Schadensminderung 10 – 12 Mal jährlich, Koordinationsgruppe Prävention/ Gesundheitsförderung/ Jugendschutz 2 Mal jährlich) wurden die anstehenden Themen in konstruktiver Art und Weise bearbeitet.

b) Suchtforum

Das erste Suchtforum der Stadt Bern (s.o.) fand am 4. November 2008 statt. Es stand unter dem Thema „Abendliche Verkaufsverbote: Gewerbefeindliche Schikane oder sinnvoller Jugendschutz?“, welches von den Referierenden unterschiedlich beleuchtet wurde. Die Einla-

dung zur Veranstaltung wurde allen Mitgliedern des Stadtrats, Suchthilfeinstitutionen und möglichen weiteren Interessierten zugestellt. Rund 30 Personen nahmen teil.

c) Kostenaufstellung Suchthilfeangebote

Eine vollständige Kostenaufstellung aller Suchthilfeangebote zu erstellen ist nicht möglich, da die Finanzierung der einzelnen Angebote sehr unterschiedlich ist und nicht exakt aufgeschlüsselt werden kann. Ein Grossteil der Angebote wird durch den Lastenausgleich gemäss Sozialhilfegesetz abgegolten, andere durch die Krankenkassen. Hinzu kommt, dass viele Angebote für die Bevölkerung des ganzen Kantons Bern zugänglich sind oder wichtige Angebote nicht nur auf Suchtfragen begrenzt sind (z.B Prävention, Beratung).

In der nachfolgenden Kostenzusammenstellung sind deshalb nur die effektiven Kosten sowie die direkt zuweisbaren Kostenbeteiligungen der Stadt Bern der in den Bereichen Therapie und Schadensminderung abgrenzbaren Angebote in der Stadt Bern aufgelistet.

| Angebot | 2006 | | 2007 | | 2008 | |
|---------------------------|---------------------|----------------------------|---------------------|----------------------------|---------------------|----------------------------|
| | Kosten | Beitrag Stadt ¹ | Kosten | Beitrag Stadt ¹ | Kosten | Beitrag Stadt ¹ |
| KODA ² | 4'286'006.00 | 0.00 | 4'356'973.00 | 0.00 | 4'328'223.25 | 0.00 |
| ZAS ² | 1'426'000.00 | 0.00 | 1'522'700.00 | 0.00 | 1'524'100.00 | 0.00 |
| Anlaufstelle ³ | 1'453'380.00 | 0.00 | 1'519'770.00 | 0.00 | 1'695'029.10 | 0.00 |
| Albatros | 641'388.00 | 0.00 | 624'101.00 | 0.00 | 650'416.05 | 0.00 |
| LaStrada | 161'400.00 | 10'000.00 | 161'400.00 | 10'000.00 | 164'000.00 | 10'000.00 |
| PINTO | 746'562.00 | 746'562.00 | 771'833.00 | 771'833.00 | 733'500.40 | 733'500.40 |
| La Gare ⁴ | 111'370.00 | 111'370.00 | 260'520.00 | 0.00 | 205'752.85 | 0.00 |
| Total | 8'826'106.00 | 867,932.00 | 9'217'297.00 | 781'833.00 | 9'301'021.65 | 743'500.40 |

¹ d.h. direkte, nicht lastenausgleichsberechtigte städtische Beiträge. Im Rahmen des Lastenausgleichs zahlt die Stadt Bern anteilmässig auch an die Kosten von KODA, Anlaufstelle, Albatros und weitere hier nicht aufgelistete Institutionen im Suchtbereich.

² wird teilweise (KODA,) bzw. kostendeckend (ZAS) durch Krankenkassenbeiträge finanziert.

³ Seit Sommer 2007 werden zusätzlich für Notmassnahmen Fr. 350'000.00 vollumfänglich durch dem Kanton finanziert (Fonds für Suchtprobleme).

⁴ wird ab 1.1.2007 für 2 Jahre vollumfänglich durch Kanton finanziert (Fonds für Suchtprobleme).

III Fazit/Ausblick

Die Stossrichtung der neuen Suchtstrategie geht in die richtige Richtung. Der Fokus auf die Alkoholproblematik bei Jugendlichen bewährt sich und wird deshalb beibehalten. Eine frühzeitige Erfassung von problematischen Situationen bei Kindern und Jugendlichen sowie entsprechende Interventionen können eine spätere Suchtproblematik verhindern

Der grösste Teil chronifizierter Abhängiger ist heute in ärztlicher Behandlung (z.B. Substitutionsbehandlung). Diese Menschen werden immer älter und durch die gesundheitlichen Defizite schneller pflegebedürftig. Der Bedarf an geeigneten Pflegebetten kann im Moment noch abgedeckt werden; es ist aber noch offen, wie sich dieser Bedarf künftig entwickeln wird. Die geplante Wohngruppe für ältere suchtkranke Menschen im Altersheim Kühlewil ist ein erster Schritt.

Auch sind in die Beratung und Begleitung von drogenabhängigen Menschen oft viele verschiedene Institutionen involviert. Um die Koordination der Interventionen sowie der Informationsfluss effizienter und bedürfnisgerechter zu gestalten, soll im laufenden Jahr in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion Case Management in der Stadt Bern eingeführt werden.

Eine stabile Anzahl drogenabhängiger Menschen ist im öffentlichen Raum täglich sichtbar. Ihre gesundheitlichen und sozialen Defizite sind sehr gross und werden mit zunehmendem Alter noch verstärkt. Diese Menschen fallen durch ihre „Andersartigkeit“ auf oder wirken störend und bedrohlich. Hier gilt es, störendes Verhalten auf ein tolerierbares Mass zu reduzieren, sei es mit Hilfe von PINTO und Polizei oder entsprechenden Aufenthaltsmöglichkeiten für Abhängige (Kontakt- und Anlaufstelle, Tagesstrukturangebote etc.). Ebenso sollen bestehende Schnittstellen zwischen verschiedenen Institutionen oder Verwaltungsabläufen geklärt und vereinfacht sowie die Zusammenarbeit verbessert werden.

Für den Drogenausschuss:
Edith Olibet

1. September 2009